

# Treu zu dienen : 50 Jahre Bundeswehr

Autor(en): **Uhde, Peter E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **80 (2005)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717144>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Treu zu dienen – 50 Jahre Bundeswehr

*Deutschland hat in verändertem Umfeld zu agieren*

Das feierliche Gelöbnis am 12. November 2005 war die Abschlussveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr. Am Geburtsort des preussischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst (12. 11. 1755 bis 2. 5. 1834), in Bordenau, gelobten Wehrpflichtige «der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen».

Mit diesem Bericht beschliessen wir die Serie der Juni- und Oktoberausgabe, in

*Oberstlt aD Peter E. Uhde, Köln*

denen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands am 3. Oktober 1990 im Mittelpunkt standen.

### Bundeswehrreform von Grund auf

Mit der Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt durch den Bundesminister der Verteidigung Gerhard Stoltenberg über die Soldaten der aufgelösten Nationalen Volksarmee (NVA) in Strausberg bei Berlin begann ein neues Kapitel der deutschen Militärgeschichte. Mit den übernommenen Angehörigen der ehemaligen NVA hatte die Bundeswehr eine Stärke von 585 000 Mann. Hinzu kam die Hinterlassenschaft von Waffen, Munition, Geräten, Kasernen, Truppenübungsplätzen u. v. a.

Die Aufstellung des Bundeswehrkommandos Ost, in dem erstmalig die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine zusammengefasst waren, an der Spitze Generalleutnant Jörg Schönbohm, hatte die Aufgaben der Personalreduzierung und Verwertung der Materialhinterlassenschaft möglichst in neun Monaten zu lösen. «Ich bin Nachfolger von niemandem», so ging er mit rund 1200 Offizieren und Unteroffizieren an die Bewältigung der Aufgaben heran.

Eine Verbindungsgruppe der Bundeswehr zur «Westgruppe der Truppen», so die Bezeichnung der sowjetischen Verbände, etwa 338 000 Soldaten und 208 000 Angehörige, unterstützte deren Rückkehr in die Heimat. Früher als vertraglich geregelt, verabschiedeten sich die letzten sowjetischen Truppen mit einer Parade vor dem Ehrenmal in Berlin-Treptow am 31. August 1994 aus Deutschland.

Ein besonderes Problem für das Bundeswehrkommando Ost war die Räumung der Minen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, von denen noch einige Tausend in dem früheren Todesstreifen lagen. Die Ge-



*Stabilisierung in Afghanistan.*

fahr für die Bevölkerung war immens. Dass es nicht zu Toten und Verletzten gekommen ist, bezeichnete ein Fachmann «als Wunder».

### Entscheidung im Kaukasus

Bei den Gesprächen zur Wiedervereinigung hatten sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der Parteichef der KPdSU Michail Gorbatschow im Juli 1990 im Kaukasus auf die Reduzierung der Bundeswehr auf 370 000 Mann bis Ende 1994 und die Freiheit der Bündniswahl geeinigt. Im gleichen Monat setzte die Bundesregierung eine «Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr» ein.



*Erste Einsätze: In Somalia kam 1993/94 erstmals ein grösseres Bundeswehrkontingent zum Einsatz.*

Diese legte unter Vorsitz von Prof. Dr. H.-A. Jacobsen am 24. September 1991 ihren Abschlussbericht vor. In vier Bereichen muss Deutschland durch die Bundeswehr handlungsfähig sein; in der Landesverteidigung, in der Europäischen Gemeinschaft und KSZE, in der Nordatlantischen Allianz und bei Aufträgen durch die Vereinten Nationen.

Während sich in Europa und besonders in Deutschland die Veränderungen fast überschlugen, hatten Truppen des Iraks am 2. August 1990 das ölfreiche Emirat Kuwait besetzt. Mit dem am 17. Januar 1991 beginnenden Luftangriffen und der am 24. Februar begonnenen Operation «Desert Storm» wurde Kuwait durch amerikanische und englische Koalitionstruppen nach 100 Stunden wieder befreit. Das vereinigte Deutschland unterstützte, mit der Verlegung eines Geschwaders «Alpha Jets» nach Erhac in die Osttürkei und Lieferungen von Gerät der ehemaligen NVA sowie finanziellen Mitteln, die Allianz. Der Begriff der «Scheckbuchdiplomatie» machte bei den Verbündeten die Runde.

Mit der Auflösung des Warschauer Paktes zum 1. Juli 1991, dem Herrschaftsinstrument der Sowjetunion über ihre Satellitenstaaten, begann ein Machtvakuum, welches in seinem Ausmass nicht zu überschauen war. Die Lagebeurteilung in der Nordatlantischen Allianz und in Deutsch-



land zwangen dazu, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik neu zu definieren. Zum ersten UN-Friedenseinsatz für Deutschland kam es am 22. Mai 1992 mit der Entsendung von Sanitätssoldaten nach Kambodscha. Die dabei gewonnenen Erfahrungen waren für kommende Auslandseinsätze hilfreich.

**Deutsche Soldaten im Einsatz in Somalia**

Im November 1992 hatte Verteidigungsminister Volker Rühle die «Verteidigungspolitischen Richtlinien [...]» erlassen, die aber nur in Fachkreisen zur Kenntnis genommen wurden. Mit dem «Weissbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr» vom 5. April 1994 wurde die Öffentlichkeit über die Veränderungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik informiert. Bewusst geworden ist der Bevölkerung das veränderte Umfeld, in dem Deutschland agieren muss, will es politisch nicht ins Abseits gestellt werden, durch den Bundeswehreinsatz in Somalia ab Juli 1993. Vorausgegangen waren lange innenpolitische Auseinandersetzungen um diese Beteiligung, die der erste «bewaffnete Einsatz» der Bundeswehr war. Dass der Einsatz politisch ein Misserfolg war und im März 1994 beendet wurde, steht auf einem anderen Blatt.

**Internationale Verpflichtungen nehmen zu**

Inzwischen waren die Konflikte auf dem Balkan so gross geworden, dass Deutschland sich nach dem Dayton-Abkommen, das den vierjährigen Bürgerkrieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen beenden sollte, seit August 1995 mit Truppen an der UN-Schutztruppe IFOR (Implementation Force) beteiligte, ebenso an der Folgeaktion SFOR (Stabilisation Force). Für diese Einsätze ist immer die Zustimmung des Deutschen Bundestages notwendig, der auch die Obergrenze für die Truppenstärke festlegt. Nach dem Regierungswechsel am 28. Oktober 1998 wurde der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD Rudolf Scharping neuer Verteidigungsminister. Erwartungen, die rot-grüne Verteidigungspolitik würde sich gegenüber ihren Vorgängern ändern, trafen nicht zu. Am 25. Februar 1999 stimmte der Bundestag einer Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Truppe zur Durchsetzung des Kosovo-Friedensabkommens zu. Fast schon einer sozialdemokratischen Tradition folgend, Verteidigungsminister Helmut Schmidt hatte das 1969 auch getan, setzte Scharping im Mai 1999 die Kommission «Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» ein, unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Diese unterbreitete am 23. Mai 2000 Vorschläge zu einer grundlegenden Reform



*Im Einsatz.*

der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang kam es zu «Meinungsverschiedenheiten» mit Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach, der durch den Führungsstab der Streitkräfte erarbeitete Reformvorschläge dem Minister übergab; er wurde abgelöst. Mit dem Kabinettsbeschluss zur Strukturreform der Bundeswehr vom 14. Juni 2000 begann die «Neuordnung von Grund auf». Als Stichworte seien genannt: Investitionen in 1. die Menschen, ihre Fähigkeiten und ihre Zukunftssicherung; 2. in Material, Ausrüstung und Leistungsfähigkeit der Streitkräfte; 3. in die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz von Beschaffung und Betrieb. Während in den Teilstreitkräften und Organisationsbereichen an der neuen Bundeswehr geformt wurde und heute noch gefeilt wird, erfüllen die Soldaten, seit dem 2. Januar 2001 auch Frauen, die freiwillig Dienst an der Waffe tun dürfen, ihre internationalen Verpflichtungen im Ausland.

**Landesverteidigung unwahrscheinlich**

Die Terroranschläge des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten hatten auch für Deutschland eine neue Gefährdungslage geschaffen, die in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigt werden musste. Neue militärische Anforderungen an Personal, Ausrüstung und Ausstattung für gemeinsame Operationen mit den NATO- und WEU-Partnern hatten zugenommen. In diese spannungsreiche Zeit fiel am 18. Juli 2002 der Ministerwechsel im Verteidigungsressort. Rudolf Scharping wurde wegen fragwürdiger Geschäftsbeziehungen zu einem PR-Unternehmer und anderer Vorwürfe abgelöst, Nachfolger wurde Peter Struck. Mit den «Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung» vom 21. Mai 2003 legte der neue Minister ein Grundsatzdokument der deutschen Verteidigungspolitik vor. Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschliesslich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus stehen nun an erster Stelle des Aufgabenspektrums der Streitkräfte. Die unwahrscheinlich gewordene Landesverteidigung – «wir sind nur noch von Freunden

umgeben» – rückte in den Hintergrund. Die Transformation, wie es jetzt heisst, mit dem Ziel zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, wird weiter vorangetrieben. Sie hat die aussenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern, ihren Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten und die nationale Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit mit den Verbündeten sicherzustellen.

Aus diesem Auftrag ergeben sich konkrete Aufgaben, die in der Konzeption der Bundeswehr vom 9. August 2004 festgelegt wurden. Die Personalstärke wird in Zukunft 252 000 Mann betragen. An der Wehrpflicht wird festgehalten. Das Zivilpersonal soll auf 75 000 Frauen und Männer reduziert werden. Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte sind das «Herzstück» der Transformation. Fortlaufende Anpassungsprozesse bei ständig wechselnden Rahmenbedingungen werden für die Bundeswehr auch zukünftig Herausforderungen sein. Eine der Rahmenbedingungen sind die Haushaltsmittel, die in den kommenden Jahren für die Streitkräfte bereitgestellt werden. Eine Erhöhung ist wohl kaum zu erwarten.

**Stolz auf die Armee – eher selten**

Bei der Kommandeurtagung am 10. Oktober 2005 in Bonn sprach auch Bundespräsident Horst Köhler. Er sagte u. a.: «Mich macht nachdenklich: Die Bundeswehr wird von einer Selbstverteidigungsarmee umgebaut zu – was eigentlich, einer Armee im Einsatz, einer Interventionsarmee? Der Deutsche Bundestag stimmte mehr als vierzig Mal dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zu; aber die Deutschen wirken von all dem kaum berührt oder gar beeindruckt. Gewiss, die Bundeswehr ist gesellschaftlich anerkannt, aber was heisst das eigentlich genau? Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie, sind eher selten.» [...] «Darum wünsche ich mir eine breite gesellschaftliche Debatte – nicht über die Bundeswehr, sondern über die Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes.» In einer grossen Koalition mit einem neuen Verteidigungsminister müsste dieser Wunsch doch umzusetzen sein. Frieden gibt es nicht ohne Freiheit und Freiheit behält nur der Staat, der zu seiner Verteidigung fähig und entschlossen ist. «Die Bundeswehr bleibt unsere Versicherung gegen die Wechselfälle der Geschichte. Auch heute gilt: Nur wer sich verteidigen kann und will und daran keinen Zweifel lässt, wird ernst genommen und kann eine friedliche Zukunft gestalten», erklärte Volker Rühle als Verteidigungsminister am 12. November 1995. Zehn Jahre sind seither vergangen. Eine friedliche Zukunft sollte weiter unser aller Ziel sein. □